



Meinung: Wenn sich das bunte Unna an einem fragwürdigen Millionenbau beweisen muss

Unna ist zertifizierte „Stadt ohne Rassismus – Stadt mit Courage“. Probleme mit Rechtsextremismus sind in Unna praktisch nichtexistent, die Zahl politisch motivierter Straftaten bewegt sich in der jährlichen Kriminalitätsstatistik stets im einstelligen Bereich und blieb bisher auf Pöbeleien oder verfassungfeindliche Symbole beschränkt. Dies ergibt zunächst einmal das sehr erfreuliche Bild einer gesunden, humanen, demokratiebewehrten Stadtgesellschaft.

Hat es dieses Unna nun nötig, gerade auf dem Hintergrund wachsender Risse durch die Gesellschaft ein neues „Zeichen“ zu setzen für sein „weltoffenes“ und „buntes“ Selbstverständnis? Dieser Meinung war offenbar die Grüne Fraktionsvorsitzende Charlotte Kunert in der Ratssitzung am 31. Oktober: Sie rief dort die Zustimmung zu einer mindestens 3 Millionen Euro teuren neuen „städtischen (Flüchtlings-)Unterkunft“ an Königsborns Peripherie – hochumstritten und über ein Jahr hitzig in der Diskussion – zum „Signal für ein weiterhin humanitäres weltoffenes, buntes Unna“ aus.

Diese Kausalverbindung herzustellen ist ebenso absurd wie schädlich, denn sie erweist gerade dem propagierten Ziel einer integrativen Unnaer Stadtgesellschaft einen Bärendienst.

Zunächst mal ging es bei der Diskussion um diesen teuren/überteuerten (?) Neubau nie um die Frage, ob Unna Geflüchtete aufnimmt und sich damit „weltoffen“ zeigt oder nicht. Die Stadt bekommt Asylbewerber zugewiesen und muss sie unterbringen, Punkt. Sehr wohl und zunehmend heftig wurde aber darüber gestritten, wie diese Unterbringung aussehen könnte, soll und muss, wo sie stattfindet und was sie kosten darf – Letzteres nicht ganz unerheblich, wenn man mit Geld der Bürger zu tun hat. Zumal die Gemeindeprüfungsanstalt Unna schon mit Rotstift ins Buch geschrieben hat: Liebe Kreisstadt, du lebst – schon jetzt – über deine Verhältnisse.

Für die Grünen stellten sich solche Fragen nicht. Sie wollten und wollen diese Unterkunft ohne Wenn und Aber, und bei manchen Themen können Unnas Grüne offenbar einfach nicht anders. Sehr wohl aber konnten andere Fraktionen anders. Wöchentlich messbar wuchs das Unbehagen: wegen der Kosten – üppige 3 Millionen

für zuletzt noch 13 Kleinwohnungen –, der Nutzung (im ersten Entwurf ausschließlich für Asylbewerber – was ist mit Einheimischen, die dringend eine bezahlbare Wohnung suchen?), wegen der Lage am Stadtrand und vor allem wegen der mangelnden Prüfung von Alternativen. Zunächst nur der fraktionslose Christoph Tetzner und Klaus Göldner von der Freien Liste (FLU), später auch die FDP und die CDU warfen sperrige Fragen auf: Wieso diese grotesk anmutenden Baukosten? Wie soll geballt am nördlichen Stadtrand Integration gelingen? Wie teuer würde eine Grundsanierung des Altbaus? wieso lässt man nicht erfahrene Träger bauen, etwa die UKBS? Schließlich: Wurden alternative Unterbringungen gründlich genug geprüft, konkret die vielen freien Bundeswohnungen an der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) Massen?

Auf all diese Fragen gab es bis zuletzt keine schlüssigen Antworten, statt dessen wurden Kritiker wie Göldner mehr oder weniger unverhohlen in die Populistenecke gestellt und gleichzeitig immer wieder andere, teils widersprüchliche Argumente für diesen Neubau herangezogen, die Irritationen und Misstrauen noch verschärften. Schließlich fanden sich Konservative, Liberale wie Vertreter aus dem linken Spektrum im inhomogenen Widerstand vereint: Zusammen mit CDU, FLU und FDP votierten auch die Linkspartei, ein ehemaliger Pirat sowie zwei Sozialdemokratinnen mit Nein, und jede/r von ihnen aus spezifischen Gründen – nur mit Sicherheit aus diesen nicht: Inhumanität, mangelnder „Weltoffenheit“ oder gar Fremdenfeindlichkeit. Genau das bleibt jedoch dank des zuvor ausgerufenen Weltoffenheitspostulates der Grünen-Chefin als beständige Moralkeule über diesem Neubau schweben und schließt mit jenen 19 Gegnern im Rat auch jeden Bürger mit ein, der – ebenfalls aus den unterschiedlichsten Gründen – dieses Projekt für 3 Millionen Euro, die die Stadt nun mal nicht hat, ablehnt.

Und gleichzeitig ist es dann aber genau dieser Bürger, der für das Weltoffenheitspostulat bezahlt – und der, Ironie des Zusammentreffens, mit derselben Ratssitzung eben noch 15-Prozent Aufschlag auf seine ohnehin üppige Grundsteuer serviert bekam. Und an alledem ist nichts, aber auch gar nichts in irgendeiner Weise integrativ für die Stadtgesellschaft – im Gegenteil. ● *Silvia Rinke*